



**Christian Ude**

**Ansprache  
beim Stehempfang aus Anlass  
der 8. Weltumweltsteuerkonferenz**  
am 18. Oktober 2007 um 19.00 Uhr, Alter Rathausaal

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede!

Zum 8. Mal findet in diesen Tagen die Annual Global Conference on Environmental Taxation statt. Sie feiert damit zugleich auch ihre Deutschland-Premiere. Und für München ist es da natürlich eine ganz besondere Ehre, nach den bisherigen Veranstaltungsorten Cleveland, Vancouver, Vermont, Sydney, Pavia, Leuven und Ottawa heuer gastgebende Stadt für dieses hochkarätige internationale Treffen zu sein. Gerne habe ich deshalb die Schirmherrschaft für diese Konferenz übernommen. Und gerne haben wir Sie daher auch gleich am Abend Ihres heutigen ersten Konferenztags zum Empfang ins Alte Münchner Rathaus geladen.

Im Namen der Stadt und auch persönlich heiße ich Sie alle dazu sehr herzlich willkommen!

Dass die Global Conference on Environmental Taxation heuer in München Station macht, ist aber nicht nur eine Ehre und Auszeichnung für unsere Stadt. **Es ist vor allem auch die verdiente Anerkennung für die engagierte Arbeit des Fördervereins Ökologische Steuerreform, der als erste Nichtregierungsorganisation mit der Ausrichtung dieser Tagung betraut worden ist.** Es unterstreicht das hohe Ansehen, das der FÖS inzwischen auch auf internationaler Ebene genießt. In Deutschland zählt er ja schon längst zu den namhaftesten und erfolgreichsten Initiatoren und Wegbereitern marktwirtschaftlicher Instrumente für eine verantwortungsvolle Umwelt- und Energiepolitik.

So ist gerade auch seinem beharrlichen Einsatz die zwischen 1999 und 2003 umgesetzte Ökologische Steuerreform zu verdanken, mit der die Bundesrepublik Deutschland dem Beispiel vieler anderer europäischer Staaten gefolgt ist. Stufenweise wurden damals die Steuern auf Kraftstoffe, leichtes Heizöl, Erdgas und Strom erhöht und die erzielten Mehreinnahmen für die Senkung bzw. Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge und damit zur Kostenentlastung des Faktors Arbeit verwendet.

Ich erinnere mich noch gut an das Doppeljubiläum „10 Jahre Förderverein Ökologische Steuerreform, 5 Jahre Ökosteuer“, das wir im Frühjahr 2004 im Kleinen Sitzungssaal des (Neuen) Münchner Rathauses gefeiert haben. Damals war die „Ökosteuer“ für viele noch ein Reizwort, ein Synonym für Abzockerei und Schikane. Ein besonders beliebter

Einwand war – und er ist es bis heute geblieben – dass durch die Ökologische Steuerreform, je mehr sie ihre umweltpolitischen Ziele erreicht, die Steuereinnahmen kontinuierlich zurückgehen. Das ist in der Theorie auch zweifellos richtig, geht an der Realität aber weit vorbei. **Ein Staatsbankrott ist angesichts des ungebrochen hohen und nach wie vor steigenden Energieverbrauchs und Verkehrsaufkommens auf absehbare Zeit jedenfalls nicht zu befürchten.**

Inzwischen ist nun – vor allem mit Blick auf die dramatische Beschleunigung der Klimaerwärmung – die Einsicht gewachsen, dass Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung gedrosselt werden müssen, wenn unser Globus auch für künftige Generationen bewohnbar bleiben soll. Der Internationale Wissenschaftsrat der Vereinten Nationen hat den Ernst der Lage verdeutlicht. Die Europäische Union bekennt sich zu neuen Klimazielen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat das Thema der Erderwärmung auf die Agenda der Staats- und Regierungschefs gesetzt. Sogar das Weiße Haus hat seine Fundamental-Opposition gegen globalen Klimaschutz zumindest ein Stück weit aufgegeben, auch wenn man sich dort verbindlichen Zielvorgaben zur Reduktion von Treibhausgasen weiterhin strikt verweigert. Ganz im Gegensatz etwa zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bei der UNO-Klimakonferenz im vergangenen Monat den dringenden Handlungsbedarf auf den klaren Nenner gebracht hat: „Wir brauchen bis Ende des Jahrhunderts eine Halbierung der globalen Emissionen. Jedes Land ist betroffen, keines kann die Folgen des Klimawandels alleine bewältigen.“

**Fest steht damit aber auch: Wenn es gelingen soll, den Ressourcenverbrauch deutlich effizienter zu gestalten und drastisch zu verringern, braucht es mehr als eine Ökologische Steuerreform, wie sie 1999 in Deutschland auf den Weg gebracht wurde.** Das heißt nicht zwangsläufig: mehr Ordnungspolitik. Wie problematisch es ist, umweltpolitische Ziele mit Regeln und Verboten durchsetzen zu wollen, haben ja exemplarisch die EU-Richtlinien zur Begrenzung des Feinstaubs und des Umgebungslärms gezeigt. **Eine effektive Umweltpolitik muss sich gerade in einer Marktwirtschaft vorrangig marktwirtschaftlicher Mittel bedienen. Nach wie vor gilt hier der Grundsatz: Der Ressourcenverbrauch muss einen entsprechenden Preis haben, damit es attraktiv und lohnend ist, die Umwelt zu schonen** – sei es durch neue Technologien und Verfahren, sei es durch verändertes Verhalten oder die Reduzierung von Ansprüchen.

**Die Steuererhöhungen im Zuge der Ökologischen Steuerreform greifen da, wie gesagt, deutlich zu kurz. Es war ein Anfang, ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen, und zwar in Richtung eines umfassenden „Ressourcenoptimalen Steuersystems“, das neben der Effizienzsteigerung beim Einsatz natürlicher Ressourcen auch den Abbau umweltschädlicher Auswirkungen von Steuern mit einschließt.**

Es würde im Rahmen meiner Begrüßungsansprache sicher zu weit führen, alle Teilaspekte eines solchen Steuersystems zu beleuchten, an das im Sinne einer umfassenden, also auch sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit natürlich auch wohlfahrts- und verteilungspolitische, makroökonomische und finanzwirtschaftliche Kriterien anzulegen sind. Ich möchte stattdessen den Blick auf einige der zentralen kommunalen Belange richten. München kann da ja als Beispiel für alle Großstädte gelten.

Das beginnt beim Bemühen um einen möglichst sparsamen Flächenverbrauch, das durch die teilweise exzessive Flächenbereitstellung im Umland leider allzu oft konterkariert wird, mit allen bekannten negativen Folgen, vom sinkenden Steueraufkommen der Kernstadt bis hin zu den wachsenden Pendlerströmen.

Das geht weiter beim motorisierten innerstädtischen Quell-Ziel-Verkehr, der wegen seines Flächenverbrauchs, seiner Zerschneidungseffekte, seiner Lärm-, Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen ebenfalls dringend eingedämmt werden muss.

Und dann sind da schließlich noch die drohenden Auswirkungen der absehbaren Energiepreisentwicklung auf die städtische Versorgungslage zu nennen: Das kann, wenn es beim gegenwärtigen Energieverbrauch bleibt, schon auf mittlere Sicht zu einer eklatanten Kostensteigerung führen. Das kann bei steigenden Transportkosten auch die kommunalen Import-Export-Beziehungen und im schlimmsten Fall sogar die Grundversorgung der Bevölkerung beeinträchtigen.

All diesen Gesichtspunkten und Risiken hat die Ausgestaltung eines „Ressourcen-optimalen Steuersystems“ Rechnung zu tragen.

Um es am Beispiel des Flächenschutzes zu verdeutlichen: **Hier sollten Kommunen, die Bauflächen gezielt zur Bodenwertsteigerung ausweisen, dafür nicht auch noch steuerlich belohnt werden. So wie umgekehrt Städte wie München, die sich um eine dezidiert umweltfreundliche Flächennutzung bemühen, nicht durch ein geringeres Grundsteueraufkommen bestraft werden dürfen.**

Noch ein zweites Beispiel: **Busse und Bahnen sind die umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, die wir haben. Gerade der öffentliche Nahverkehr muss deshalb steuerlich begünstigt werden. Dagegen sollte die nicht nur wettbewerbsverzerrende, sondern auch umwelt- und klimaschädliche Steuerbefreiung des Flugverkehrs bei der Kerosinsteuer endlich abgeschafft werden.** Die emissionsgebundenen Start- und Landegebühren, wie sie von den Großflughäfen München und Frankfurt ab 2008 eingeführt werden, sind zwar nur zu begrüßen, reichen allein aber bei weitem nicht aus.

Was die städtischen Belange und Erwartungen insgesamt betrifft: **Wir brauchen ein Steuersystem, das die Bemühungen um lebenswerte Städte, ihre Sicherung und Fortentwicklung nicht nur nicht behindert, sondern nachhaltig unterstützt. Die Einführung ökologischer Kriterien gehört unverzichtbar dazu.** Und wichtige Anstöße erhoffe ich mir da gerade auch von der *Eighth Annual Global Conference on Environmental Taxation in München*. Ich wünsche Ihrer Veranstaltung deshalb, dass sie sowohl in der Fachöffentlichkeit als auch in der Politik eine breite Aufmerksamkeit findet und in Form entsprechender Änderungen in den Steuergesetzen auch die notwendige Wirkung zeigt.

Damit heiße ich Sie alle noch einmal sehr herzlich willkommen im Alten Münchner Rathaus, herzlich willkommen in unserer Stadt!